

Spaltung des Arbeitsmarkts nimmt zu

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. die Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse im deutschen Arbeitsmarkt erfassen.
2. deren Ursachen und Wirkungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ermitteln.
3. den Streit um die Bewertung der vorgestellten Entwicklungen analysieren und die hierfür verantwortlichen Interessenkonflikte identifizieren.

2. Aufgaben

1. *Sammeln Sie alle im Text genannten Beschäftigungsformen und charakterisieren Sie diese kurz. Stellen Sie die wesentlichen Unterschiede zwischen ihnen heraus.*
2. *Fassen Sie die aktuellen Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zusammen. Erläutern Sie, inwiefern „eine Spaltung“ des Arbeitsmarktes erkennbar zu sein scheint.*
3. *Benennen Sie wesentliche Ursachen für den „Wandel der Jobs“. Legen Sie insbesondere dar, welche Rolle hierbei bestehende arbeitsrechtliche Vorgaben wie der Kündigungsschutz spielen.*
4. *Erörtern Sie die Wirkungen des vorgestellten Prozesses für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ermitteln Sie in diesem Zusammenhang auftretende lohnpolitische Veränderungen.*
5. *Die Bewertungen der Wandlungsprozesse fallen – abhängig von der Perspektive – unterschiedlich aus. Verdeutlichen Sie, wer ein eher positives bzw. negatives Urteil fällt. Stellen Sie die vorgebrachten Argumente einander gegenüber.*
6. *Nehmen Sie Stellung zu folgender Aussage: „Es ist falsch, die niedrigeren Durchschnittslöhne bei atypischen Jobs zu bemängeln. Gäbe es diese nicht, hätten viele gar keinen Job und damit eine deutlich höhere Armutsgefährdung“. Begründen Sie Ihre Bewertung.*

Spaltung des Arbeitsmarkts nimmt zu

Das „Normalarbeitsverhältnis“ ist auf dem Rückzug - Ökonomen empfehlen eine gleichmäßigere Flexibilisierung

Was Fachleute „Normalarbeitsverhältnisse“ nennen, hat in den vergangenen Jahren an Normalität verloren. Der Anteil der Erwerbstätigen die sozialversicherungspflichtig, unbefristet und mit mindestens der Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit beschäftigt waren, ist in der zurückliegenden Dekade stark geschmolzen: 1998 standen noch fast drei Viertel aller Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis, 2008 hingegen nur noch zwei Drittel. Spiegelbildlich dazu nahm der Anteil sogenannter atypischer Beschäftigungsformen wie Minijobs und Zeitarbeit zu. Das zeigen Daten aus einer Haushaltsbefragung, die das Statistische Bundesamt gestern vorgelegt hat.

Umstritten ist allerdings wie dieser Trend zu bewerten ist. Gewerkschaftsvertreter sehen ihn als Beleg für schädliche Folgen einer übertriebenen Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Demgegenüber führen Ökonomen die Verschiebungen wesentlich darauf zurück, dass dank solcher Arbeitsmarktreformen viele Arbeitslose überhaupt erst wieder erwerbstätig werden konnten. „Viele hätten ohne atypische Beschäftigungsformen vermutlich gar keinen Job“, betonte Christoph Schmidt, Präsident des Rheinisch Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den vergangenen zehn Jahren sei neben dem zurückliegenden Konjunkturaufschwung vor allem den Arbeitsmarktreformen zu verdanken.

Falls diese Diagnose zutrifft, dürften sich die Verhältnisse nun allein durch die Krise - statistisch gesehen - sogar wieder „normalisieren“. Weil im Abschwung zumeist überproportional viele gering Qualifizierte mit atypischen Jobs in die Arbeitslosigkeit rutschen, steigt rein rechnerisch der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse wieder an. Die IG Metall warnte gestern allerdings bereits davor, dass speziell die Zahl der Zeitarbeiter im nächsten Aufschwung nochmals drastisch ansteigen drohe. Gewerkschaftsvize Detlef Wetzel sagte eine Vervielfachung auf 2,5 Millionen Zeitarbeiter oder mehr als sechs Prozent aller Erwerbstätigen voraus und forderte eine Eindämmung der Zeitarbeit durch strengere Gesetze. Ebenso entschieden traten Arbeitgebervertreter dem entgegen. Gesamtmetall verwies darauf, dass die Metall- und Elektroindustrie im zurückliegenden Aufschwung zwar 60 000 zusätzliche Zeitarbeiter beschäftigt habe - zugleich aber sogar 250 000 zusätzliche Stammarbeitskräfte.

Weniger strittig sind zunächst einmal die Daten über die Zunahme der sogenannten atypischen Jobs, zu denen das Statistische Bundesamt, neben Minijobs und Zeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Teilzeitjobs mit maximal 20 Arbeitsstunden pro Woche zählt. Die Gesamtzahl der Beschäftigten in solchen Jobs stieg nach Angaben der Statistiker von 1998 bis 2008 um etwa zwei Millionen auf 7,7 Millionen, was einem Anteil von 22,2 Prozent an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen entspricht. Die größte Teilgruppe waren Teilzeitbeschäftigte mit 4,9 Millionen, die kleinste, wenn auch besonders stark angewachsene, waren die Zeitarbeiter mit 610 000.

45 Dass der Trend weg vom Normalarbeitsverhältnis einen Anlass zu politischem
Handeln gibt, sehen dabei auch die Ökonomen - allerdings mit anderen Prioritäten:
Die zentrale Aufgabe, argumentiert Arbeitsmarktexperte Wolfgang Franz, sollte
höhere Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt sein. Vor allem müsse die Spaltung
des Arbeitsmarkts so durchbrochen werden, dass mehr Menschen Zugang zu einem
50 normalen Arbeitsverhältnis finden: „Die könnten attraktiver gemacht werden, indem
beispielsweise bei Neueinstellungen ein flexiblerer Kündigungsschutz gilt“, sagte
Franz, Vorsitzender des Sachverständigenrates, dem auch RWI-Chef Schmidt
angehört. Entscheidend sei, dass sich weniger Menschen unfreiwillig mit atypischen
Beschäftigungsverhältnissen abfinden müssten - während gegen freiwillige
55 Teilzeitarbeit aus Ökonomensicht wenig einzuwenden ist.

Die bestehende Chancenungleichheit spiegelt sich beim Lohn. Insgesamt verdienen
Arbeitnehmer 2006 laut Bundesamt im Mittel 16,63 Euro brutto pro Stunde. Während
Normalbeschäftigte auf 18,04 Euro kamen, waren es für atypisch Beschäftigte 11,98
60 Euro. Die Art der Beschäftigung ist indes nicht der einzige Grund für die niedrigeren
Löhne, betonen die Statistiker, großen Einfluss habe auch die Qualifikation. Umso
mehr warnt Schmidt vor Rückschlüssen auf Armutsrisiken durch atypische Jobs: Gäbe
es diese nicht, „hätten viele gar keinen Job und damit eine deutlich höhere
Armutgefährdung“, sagte er.

65

Quelle: Hess, D./Creutzburg, D., Handelsblatt, Nr. 159, 20.08.09, 4

